

Stand: 18.05.2024 16:35:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18823

"Bayerische Kliniken schützen - Sanktionen verhindern, Pflege unterstützen, finanziellen Druck beseitigen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18823 vom 10.11.2021
2. Beschluss des Plenums 18/18914 vom 11.11.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 96 vom 11.11.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart, Roland Magerl, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Markus Bayerbach** und **Fraktion (AfD)**

Bayerische Kliniken schützen – Sanktionen verhindern, Pflege unterstützen, finanziellen Druck beseitigen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bedankt sich bei allen in der Pflege und im medizinischen Bereich Tätigen für ihren unermüdlichen Einsatz zum Wohl unserer bayerischen Bevölkerung.
2. Der Landtag zeigt sich besorgt darüber, dass Bundes- und Staatsregierung durch Untätigkeit Bayerns Kliniken unter Druck setzen und die Patientenversorgung gefährden.
3. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich unverzüglich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Verordnung zu den Pflegepersonaluntergrenzen (PpUGV) bis 30. April 2022 wieder ausgesetzt wird, um Sanktionen für die Kliniken zu verhindern, die mit allen Mitteln versuchen, dem Patientenaufkommen Herr zu werden.
4. Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert, dafür zu sorgen, dass bereits verhängte Sanktionen unverzüglich rückgängig gemacht werden.
5. Die Staatsregierung soll zudem bis 31. März 2022 ein Konzept vorstellen, wie die Pflege in Bayern nachhaltig gestärkt und die Krankenhausfinanzierung aus ihrer Sicht auf stabile Beine gestellt werden kann.

Begründung:

Es sind bürokratische Hemmnisse, die von der Bevölkerung meist kaum wahrgenommen werden, aber eine enorme Auswirkung auf jeden einzelnen Bürger haben können. Die PpUGV ist eine davon. Der Gedanke dahinter ist hervorragend. Für jeden Patienten sollen ausreichend Pflegekräfte zur Verfügung stehen. Schaffen Kliniken dies nicht, drohen Sanktionen. Diese Regelungen sind für den Regelbetrieb von Kliniken außerhalb von Pandemiezeiten geschaffen. Deshalb wurden sie vom Gesetzgeber im Jahr 2020 schon einmal ausgesetzt. Aktuell gelten die Regelungen jedoch wieder. Kliniken, die ihrem Versorgungsauftrag gerecht werden wollen und deshalb von den Regelungen abweichen, drohen nun finanzielle Einbußen. Der Aufschrei aus dem Klinikum Fürth hierzu ging landesweit durch die Medien. Im Grunde stellt sich aber die Frage, wieso es der Gesetzgeber auch im Jahr zwei einer Pandemie immer noch nicht geschafft hat, Regelungen zu schaffen, die dafür sorgen, dass Kliniken und Pflegenden einfach ihre Arbeit zum Wohl der Patienten machen können, ohne ständig das Damoklesschwert des Defizits über sich spüren zu müssen.

Der Landtag bedankt sich deshalb bei allen in der Pflege und im medizinischen Bereich Tätigen für ihren unermüdlichen Einsatz zum Wohle der Patienten. Gleichzeitig müssen die Volksvertreter aber auch ihre Sorge zum Ausdruck bringen, dass die Gesetzgeber es nicht schaffen, den wirtschaftlichen Druck aus dem Gesundheitssystem zu nehmen und so eine bessere Patientenversorgung zu ermöglichen.

Es bleibt deshalb die Forderung an die Staatsregierung, sich unverzüglich dafür einzusetzen, dass die PpUGV vorübergehend für die Wintermonate ausgesetzt wird und mögliche Sanktionen abgewendet werden, sofern diese dadurch entstanden, dass die Kliniken aus ethisch-moralischer Verpflichtung heraus von den Regelungen abgewichen sind, um ihrem Versorgungsauftrag gerecht zu werden.

Gefordert werden muss auch, dass die Staatsregierung endlich ein Konzept vorlegt, wie endlich der finanzielle Druck aus dem Gesundheitssystem genommen werden kann, so dass am Ende starke Kliniken und starke Pflege übrigbleiben.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart, Roland Magerl, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Markus Bayerbach** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/18823

Bayerische Kliniken schützen – Sanktionen verhindern, Pflege unterstützen, finanziellen Druck beseitigen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Roland Magerl

Abg. Dr. Beate Merk

Abg. Andreas Winhart

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Andreas Krahl

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Staatsminister Klaus Holetschek

Abg. Markus Plenk

Erster Vizepräsident Karl Freller: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen,

Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)

Bayerische Kliniken schützen - Sanktionen verhindern, Pflege unterstützen, finanziellen Druck beseitigen (Drs. 18/18823)

Ich weise darauf hin, dass zu diesem Dringlichkeitsantrag bereits vor einiger Zeit namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Roland Magerl das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter Magerl.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Katastrophenfall in Bayern ist ausgerufen. Die wirkliche Katastrophe aber ist der Umgang mit Corona. Da ist man heute zum Faschingsanfang fast geneigt, ein paar Narrenkappen auf der Regierungsbank zu verteilen. Seit zwei Jahren betreiben Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, bitteren Pandemie-Fasching. Sie treffen Entscheidungen, bei denen einem das Lachen im Halse stecken bleibt. Eine Narretei, für die Sie sicher viele Faschingswägen bekommen würden, wenn Sie den Bürgern irgendwann wieder ein normales Leben erlaubten.

Bald starten wir in das Jahr drei der Pandemie. Man hat das Gefühl, als hätten Sie erst gestern davon erfahren. Sie haben schlichtweg vergessen, sich auf das Vorhersehbare besser vorzubereiten. Jetzt laufen die Intensivstationen wieder voll, und alle sind im Panikmodus. Auch das ist ein Verschulden der Regierung, hat man doch beim Bettenabbau der vergangenen Jahre tatenlos zugesehen. Die Medien agieren hier kritiklos als Regierungssprachrohr, wie eine Studie diese Woche bestätigte. Panik bringt beste Quote, und Panik erlaubt der Regierung alles.

Dazwischen werden einmal mehr das Pflegepersonal und die Ärzte in den Kliniken zermahlen. Das ist eine Frechheit! Dieses Mal aber geschieht das, weil man wegen des Maßnahmenirrsinns vergessen hat, die Pflegepersonaluntergrenzenregelung auszusetzen – und das, obwohl man weiß, dass 20 % des Pflegepersonals hingeschmissen hat, weil die Umstände einfach nicht mehr erträglich sind.

Bitte nicht falsch verstehen: Die Regelung hat auch viel Positives. Patienten haben die bestmögliche Behandlung verdient. Dafür braucht es ausreichend Personal und auch eine passende Regelung. In der kalten Jahreszeit gibt es aber nun einmal mehr Herzinfarkte, mehr Schlaganfälle, mehr Grippe- und mehr Corona-Patienten. Die Betten sind voll. Die Kliniken, die sich moralisch verpflichtet fühlen, vielen Menschen zu helfen, haben schlichtweg keine Zeit für diesen Bürokratie-Schmarrn. Die Folge sind Sanktionen. Menschen zu helfen und dafür bestraft zu werden – welche Motivation ist das für diejenigen, die an der Front um jedes Leben kämpfen? Da muss dann ein Arzt aus Fürth oder der Präsident des Bayerischen Landkreistages Bernreiter von der CSU öffentlich um Hilfe rufen, damit überhaupt jemand merkt, dass wir uns in Deutschland schon wieder zu Tode verwalten. Deshalb geht an dieser Stelle ein riesengroßes Dankeschön an alle, die sich von der Bürokratie nicht hemmen lassen und helfen, wenn die Hütte brennt. Diesem Dank sollte sich auch das Hohe Haus hier gemeinsam anschließen.

(Beifall bei der AfD)

Das Ganze ist verbunden mit der Sorge, dass Staats- und Bundesregierung mal wieder nur von zwölf Uhr bis Mittag gedacht haben und damit den Kliniken Probleme bereiten. Ich fordere Sie deshalb auf, alles dafür zu tun, dass die Kliniken keine Sanktionen fürchten müssen, wenn sie ihrer moralischen und ethischen Pflicht nachkommen und Menschen in Not behandeln. Wir brauchen tragbare Konzepte für die Zukunft.

Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, ein zukunftsfähiges Konzept vorzulegen, wie sie in Bayern die Pflege stärken und Kliniken in Zukunft entlasten will. Vor allem

fordern wir, dass die Krankenhausfinanzierung endlich auf stabile Beine gestellt wird. Dabei wollen wir nicht die Ausreden hören, das seien Bundesangelegenheiten. Wir brauchen einen Masterplan, den wir verfolgen können. Wo wir dann welche Schraube drehen, klären wir in einem zweiten Schritt. Aber wir müssen endlich ganzheitlich denken, um die stationäre Versorgung in Bayern auskömmlich zu finanzieren und eine gute Versorgung sicherzustellen – ob mit oder ohne Pandemie. Wir müssen Herr der Lage werden, und das schnell. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu, und helfen Sie den Kliniken! Lippenbekenntnisse und warme Worte helfen in solchen Krisen leider nicht.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Herr Magerl. – Als nächste Rednerin darf ich Frau Dr. Beate Merk, CSU-Fraktion, ans Rednerpult bitten. Bitte schön, Frau Abgeordnete Merk.

Dr. Beate Merk (CSU): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich wende mich jetzt ganz besonders an alle demokratischen Parteien.

(Zuruf von der AfD)

Denn eines, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, haben wir nicht nötig:

(Zuruf von der AfD)

Dass die AfD uns sagt – –

(Zuruf von der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Das Wort hat Frau Dr. Merk! – Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Zuruf von der AfD)

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Merk! Ich bitte, die Zwischenrufe einzustellen.

(Zurufe von der AfD)

Dr. Beate Merk (CSU): – Ihr Demokratieverständnis ist heute mal wieder ganz besonders groß. Aber wir kommen damit klar.

(Zurufe von der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bitte jetzt, die Rednerin ungestört reden zu lassen! – Bitte schön, Frau Dr. Merk.

Dr. Beate Merk (CSU): Die demokratischen Parteien in diesem Haus brauchen die AfD nicht,

(Zuruf von der AfD)

um zu wissen, was sie an den Pflegekräften und an den medizinischen Kräften in unseren Krankenhäusern haben. Das sagen wir vom ersten Tag der Pandemie an immer wieder in diesem Haus.

(Zuruf)

Da passt zwischen uns alle kein Blatt Papier.

(Beifall)

Aber es ist bezeichnend, dass Sie sich so aufregen, und auf der anderen Seite ganz schön, dass Sie inzwischen erkannt haben, wie gefährlich Corona ist, wenn auch der Herr Mang heute schon wieder die Aufhebung sämtlicher Maßnahmen gefordert hat, die im Zusammenhang mit der Pandemie erlassen worden sind.

(Zuruf)

Das zeigt, dass Sie es immer noch nicht kapiert haben.

(Zuruf)

Es ist beschämend oder – in Ihrer Diktion müsste ich sagen: – eine Frechheit, wenn Herr Magerl sich hier hinstellt und von einem "Faschingstreiben" spricht, wenn er Fake News von Bettenabbau und vieles andere mehr verbreitet.

(Zurufe von der AfD)

Es ist tatsächlich so, dass es einen stillen Rückzug aus der Pflege gibt. Wir verstehen das auch. Wenn Sie gehört haben, was unser Minister in den vergangenen Tagen gesagt hat, dann wissen Sie, dass das ein Thema ist, mit dem wir uns intensivst auseinandersetzen. Ein Grund neben vielen anderen ist der, dass die Pflegekräfte nicht verstehen, warum sie Menschen pflegen müssen, die die Chance gehabt hätten, sich impfen zu lassen,

(Zuruf von der AfD)

und dann nicht ins Krankenhaus oder auf die Intensivstation gemusst hätten.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Mang!

Dr. Beate Merk (CSU): Die AfD hat Probleme mit der Wahrheit.

(Zuruf von der AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eigentlich müsste ich hier nicht sprechen. Aber mich treibt das demokratische Verständnis, das hier vorne fehlt.

(Zurufe von der AfD)

Die Forderung nach vollumfänglicher Aussetzung der Personaluntergrenzen für alle Kliniken müssen wir ablehnen.

(Zuruf)

Es ist ein wichtiges Instrument für den Schutz der Patienten, dass genug Personal da ist. Das ist aber auch ein wichtiges Instrument für das Personal selbst, was das Thema Überarbeitung angeht. Es ist auch nicht notwendig, dass es zu einer solchen Aussetzung kommt; denn die entsprechende Verordnung enthält einen Ausnahmetatbestand, wonach Sanktionen dann nicht erhoben werden, wenn die Situation für die Pflegenden bzw. für die Krankenhäuser aufgrund der hohen Anzahl an Patienten schwierig ist. Das Gesundheitsministerium hat die Pandemie als einen solchen Grund anerkannt. Sollte es in einem Fall doch anders gekommen sein und doch eine Sanktion erhoben worden sein, dann wird sich unser Minister Klaus Holetschek in diesem Zusammenhang vor die Krankenhäuser stellen und beim Bund verlangen, dass diese Sanktionen zurückgezahlt werden und es dazu nicht mehr kommt.

Im Übrigen, meine Damen und Herren: Kompetenz ist Kompetenz. Wenn der Bund eine Kompetenz hat, dann muss der das machen. Deswegen haben wir viele Themen, die für die Pflegekräfte auch von Bedeutung sind, dort angesagt, etwa eine Verbesserung der Vergütung der Pflegekräfte. Ich sage nur: Steuerfreiheit von Zuschlägen. Wir wollen, dass die Pflegekräfte von pflegefremden Tätigkeiten entlastet werden, zum Beispiel durch Anpassung regulatorischer Vorgaben oder durch die Sicherung der Finanzierung pflegeentlastender Maßnahmen der Krankenhäuser. Wir wollen eine grundlegende Überarbeitung der DRGs zur besseren Vergütung von Vorhaltekosten. Der Ministerrat hat am 3. November dieses Jahres einen COVID-Zuschlag für die Krankenhäuser eingeführt in Höhe von 50 Euro bzw. 100 Euro pro Patient und Tag, wovon die Hälfte den betroffenen Pflegekräften direkt als Bonus zugutekommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nicht alles; aber das ist schon eine ganze Menge. Wir werden uns weiterhin intensiv dafür einsetzen, dass wir für die Menschen, die so unendlich viel leisten – Herr Krahl weiß das und gibt uns immer wieder einen Einblick in diese Situation –, mehr erreichen können. In diesem Sinne wird der Dank aller demokratischen Parteien gegenüber den Pflegekräften völlig zu Recht hier immer wieder artikuliert, auch indem wir berücksichtigen, dass die Pflegekräfte in

einer besonders emotionalen Lage sind. Wenn die Menschen den Pflegekräften helfen wollen, dann können sie das tun, indem sie sich impfen lassen und alles dafür tun, dass in unsere Intensivstationen und in unsere Krankenhäuser wenigstens wegen COVID nicht noch mehr Menschen eingeliefert werden. Dann wäre schon ganz viel gewonnen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Bitte bleiben Sie noch am Pult. Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen. – Bitte schön, Herr Abgeordneter Winhart von der AfD-Fraktion.

Andreas Winhart (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Dr. Merk, was Sie hier geboten haben, war demokratiefeindlich und unter jedem Niveau, das dieses Haus jemals gesehen hat.

(Lachen)

– Jetzt habe ich das Wort. – Sie haben gerade eben gefragt, was sich die Pfleger denken, wenn sie Ungeimpfte pflegen. Ich frage Sie: Was denken sich denn die Pfleger, wenn sie Geimpfte pflegen? Machen Sie da einen Unterschied? Aus Ihrer Sicht ist es für den Pfleger offenbar opportun, zu unterscheiden, ob ein Mensch geimpft ist oder nicht geimpft ist. Der Mensch braucht im Krankenhaus die gleiche Hilfe, ob er geimpft ist oder nicht.

(Beifall bei der AfD)

Da sieht man Ihr menschenfeindliches Weltbild, das Sie hier mittlerweile an den Tag legen. Es ist unglaublich, wie Sie spalten und Leute diffamieren! Sie reden hier immer von "demokratisch". – Hier ist überhaupt nichts demokratisch. Wissen Sie, was Leute in dieser Krise verunsichert? – Wenn man ihnen etwas verspricht und danach nicht hält. Dafür gebe ich Ihnen jetzt ein Beispiel: Heute hat es geheißen, es gibt eine partielle Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen, obwohl Ihre Parteivertreter immer gesagt

haben: Es wird keine Impfpflicht mit uns geben. – Das war schlicht und ergreifend gelungen. Das ist das Problem in unserer Gesellschaft, dass Sie nicht halten, was Sie versprechen.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Beate Merk (CSU): Ihre Frage zeigt, dass Sie es immer noch nicht kapiert haben. Das wundert mich aber auch nicht.

(Beifall bei der CSU)

Herr Winhart, wenn Sie den Unterschied nicht verstehen zwischen Menschen, die an COVID erkranken, weil sie sich nicht haben impfen lassen, und Menschen, die an COVID erkranken, obwohl sie sich zweimal haben impfen lassen, dann tut mir das leid. Man hat Ihnen das hier in diesem Hause schon zigmal erklärt. Hätten Sie Ihre Ohren einmal aufgemacht, dann wüssten Sie, was die Antwort auf Ihre Frage ist.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Abgeordnete Dr. Merk, bleiben Sie noch am Rednerpult. Sie sind ein weiteres Mal gefragt. Der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda hat sich zu einer Intervention gemeldet. – Für die Zuschauer erkläre ich, dass sich auf der Zuschauertribüne Abgeordnete befinden, die nicht die notwendigen Nachweise für das Plenum vorweisen können, aber selbstverständlich ein Rederecht im Landtag haben. – Herr Swoboda, Sie haben das Wort für Ihre Zwischenbemerkung.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank für die Erläuterungen an die Bürgerinnen und die Bürger. Hier gibt es Abgeordnete, die durchaus 3G erfüllen könnten, aber diese Anforderung aus bestimmten ethischen Überlegungen nicht erfüllen wollen. Wenn Sie diese Separierung für toll halten, ist das auch schön.

Jetzt möchte ich zu meiner Frage kommen. Frau Dr. Merk, Sie sind Juristin und waren Justizministerin. Da glaubt man, dass Sie über ethische Fragestellungen, die ins Rechtliche hineingehen, gut Bescheid wissen. Sie haben jetzt auf die Demokratie abgestellt. Sie haben die Menschen, die im Pflegebereich für unser aller Wohl hoch belastet arbeiten, sehr gelobt. Das ist auch berechtigt. Sie haben diesen Menschen aber auch unterstellt, dass sie eine Art Gesinnungsethik hätten. Sie haben erklärt, dass sich diese Menschen gegen Menschen, die sich nicht impfen lassen wollten, wendeten.

Die Menschen haben das Recht auf eine freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit und auf eine freie Entscheidung. Das hat etwas mit der Würde des Menschen zu tun. Sie haben gesagt, die Pflegekräfte würden sich über die Kranken, die Alten und die zu Pflegenden beschweren. Haben Sie das aus Ihrer Zeit als Justizministerin aus dem Rechtsbereich übernommen? Ist das dort auch so?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit ist zu Ende. Sie sind 20 Sekunden drüber.

Dr. Beate Merk (CSU): Erstens. Sie fragen mich, was ich vorhin gesagt habe. Ich würde Ihnen empfehlen, das Protokoll zu lesen. Da steht das ganz genau drin.

Zweitens. Ich rede mit Pflegekräften, und ich weiß, was mir die Pflegekräfte gesagt haben. Ich mache hier keine Generalisierung, sondern gebe das wieder, was man mir ans Herz gelegt hat. Ich sage Ihnen ganz klar: Niemals würde ich irgendjemand eine Gesinnung unterstellen. Das liegt mir absolut fern.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Damit sind die Interventionen erledigt. – Bevor wir den Präsidentenwechsel vollziehen, darf ich noch den nächsten Redner aufrufen, nämlich den Abgeordneten Andreas Krahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Herr Krahl.

Andreas Krahl (GRÜNE): Herr Präsident, geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Vorab: Es ist schon auffällig, dass gerade die Schreihälse von der AfD dann am lautesten werden, wenn hier vorne Frauen sprechen, egal ob Gabi Schmidt von den FREIEN WÄHLERN, Dr. Beate Merk oder Katharina Schulze.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht probieren wir es jetzt einmal anders. Ausgerechnet heute, an dem Tag, an dem der Katastrophenfall in Bayern ausgerufen wurde und an dem die Kliniken überfüllt sind, fordert die AfD das Aussetzen der Personaluntergrenzen, und zwar nicht, weil sie so wahnsinnig besorgt um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat ist, nein, die AfD hat einen Aufschrei über WhatsApp über die drohenden finanziellen Einbußen der Kliniken vernommen. Ausgerechnet jetzt argumentieren Sie von Rechtsaußen mit einer Pandemie, die Sie seit Monaten leugnen. Das ist eine Pandemie, aus der es einen Ausweg gäbe, nämlich eine hohe Impfquote. Warum ist denn die Impfquote so niedrig? – Weil Sie und Ihre Kollegen aus sämtlichen Parlamenten auf die Straße gehen und sogar noch beim Sturm auf den Bundestag gegen die Impfungen wettern. Sie da drüben fabulieren von "Diktatur". Sie halten es für einen Freiheitskampf, die Impfung zu verweigern.

Vielleicht nehmen Sie sich an diesem Tag ein Beispiel an einem anderen großen Freiheitskämpfer des Freistaats Bayern: Hubert Aiwanger hat jetzt einen Impftermin gehabt. Im letzten Jahr wurden, zuzüglich anderer Maßnahmen, die Personaluntergrenzen ausgesetzt, um die Spitzen in den Kliniken zu brechen, Kapazitäten freizuhalten und diese auch weiterhin freihalten zu können. Damals waren die Inzidenzen ausschlaggebend. Jetzt handeln wir nach einer Krankenhausampel, und die steht bei uns in Bayern auf Dunkelrot. Das bedeutet, wir haben die Grenze der Kapazität erreicht. Das Freihalten und die Aussetzung der Personaluntergrenzen haben sich also selbst überholt. Ihre ganze Empörung hat sich selbst überholt.

Ich habe es eingangs gesagt: Seit heute gilt im ganzen Freistaat Bayern der Katastrophenfall. Das gibt uns Gott sei Dank wieder andere Mittel und einen anderen Handlungsspielraum, um die Lage in der Zukunft wieder beherrschbar zu machen.

Ja, wir müssen die Pflege nachhaltig stärken. Ja, wir brauchen neue Konzepte im Gesundheitswesen, auch eine neue Finanzierung. Ihr Dringlichkeitsantrag erinnert aber an ein quengelndes Kind im Supermarkt. Er ist nicht nur zeitlich unangebracht, sondern von vorne bis hinten inhaltlich komplett sinnlos. Jetzt freue ich mich auf die Intervention.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Bergmüller, Sie haben das Wort für eine Intervention.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Herr Krahl, ich schätze Ihre Arbeit sehr, muss aber zwei Behauptungen von Ihnen geraderücken. Alena Buyx vom Deutschen Ethikrat hat darauf verwiesen, dass die jetzige schwierige Situation auf den Intensivstationen dadurch verursacht worden ist, dass in Deutschland 4.000 Intensivbetten abgebaut worden sind.

Der zweite Punkt. Dieser Dringlichkeitsantrag fußt auf meinen Kontakten. Ich könnte hämisch sagen, er wurde von der CSU abgekupfert. Landrat Bernreiter, der Präsident des Bayerischen Landkreistages, fordert die Aussetzung, wie sie im Jahr 2020 schon einmal vollzogen wurde. Er fordert sie jetzt, damit auf den Intensivstationen mehr Intensivbetten betrieben werden können. Das ist die Sachlage. Ich frage Sie, wo der Hund begraben liegt, dass wir in eine solche Notsituation geraten sind. Das werden Sie als Grüner doch genauso erkennen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Zeit ist um.

Andreas Krahl (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege Bergmüller. Ich bin ehrlich, ich habe Ihre Frage nicht wirklich verstanden. Aber sei es drum. Wir haben keine Intensiv-

betten abgebaut. Das ist falsch. Diese Betten wurden gesperrt, weil wir unter dem Strich kein Pflegepersonal haben. Das verstehen alle, von den GRÜNEN und der SPD über die FREIEN WÄHLER, die CSU bis zur FDP. Das steht auch komplett außer Frage.

(Zuruf)

Ich sage eines: Auch wenn das der Landrat Bernreiter fordert, wir werden in Zukunft ein anderes Modell bekommen. Im letzten Jahr gab es Freihaltepauschalen, die bei der Finanzierung gegriffen haben. In Zukunft werden wir von der Bundesebene einen Bonus für die COVID-Patienten bekommen. Haben Sie das bei Ihrem nicht wirklich durchdachten Antrag auch berücksichtigt? – Ich denke, nein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Krahl. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Prof. Dr. Peter Bauer von der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich an den Nummern Ihres Dringlichkeitsantrags und an den darin aufgeworfenen Fragestellungen orientieren.

Zu Nummer 1: Glauben Sie mir, dass ich als Patienten- und Pflegebeauftragter landauf, landab in Kliniken und Heimen unterwegs bin. Ich kenne die herausragenden Leistungen des pflegenden und des ärztlichen Personals sehr gut. Ich höre diesen Menschen zu, nehme ihre Sorgen und Nöte ernst und helfe, wo ich helfen kann. Ich bedanke mich aufrichtig für das großartige Engagement dieser Menschen. Glauben Sie mir, meine Kolleginnen und Kollegen im Hohen Hause machen das ebenso. Wir brauchen zu diesem Thema keinen Antrag von der AfD.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zu Nummer 2: Ja, der Landtag ist über die Corona-Lage im Land tief besorgt. Ich stelle fest: Zu dieser dramatischen Lage tragen Sie mit Ihrer Politik, mit Ihrem Verleugnen und Ihrem Querdenken – ich sage lieber nicht "Querdenken", sondern "Leerdenken" – ein gerüttelt Maß bei. Dafür sollten Sie sich eigentlich schämen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zu Nummer 3: Das tut die Staatsregierung bereits seit Langem. Das gilt besonders für Herrn Staatsminister Holetschek, bei dem ich mich an dieser Stelle für sein großartiges und nimmermüdes Engagement ganz herzlich bedanken möchte. Ich habe das vorhin bereits anlässlich einer Intervention getan. Er hat als Vorsitzender der GMK gerade im letzten Jahr fast Übermenschliches geleistet. Sie sollten einmal anerkennen, was er da getan hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zu Nummer 4: Auch hier ist die Staatsregierung bereits aktiv; das ist also erledigt.

Zu Nummer 5: Der Staatsminister für Gesundheit und Pflege stellt seine Konzepte regelmäßig im zuständigen Fachausschuss vor; auch dafür herzlichen Dank. Jeder, der dort sitzt und aufmerksam zuhört, kann diese Konzepte erkennen. Sein und unser gemeinsames Ziel der Bayernkoalition ist es, diese Konzepte Schritt für Schritt zur Verbesserung der Pflege- und Gesundheitssituation umzusetzen. Das ist unser Ziel. Das geht nicht bis zum März 2022. Wo leben Sie denn? Wenn Sie sich jemals mit Gesundheitspolitik beschäftigt haben, dann wissen Sie, dass das ein jahrelanger Prozess ist. Wir sind dankbar dafür, dass wir diese Schritte hier gehen können. Schritt für Schritt. Das machen wir.

Ich fordere Sie auch auf, hier aktiv mitzuarbeiten, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der rechten Seite. Beteiligen Sie sich aktiv, anstatt uns immer wieder mit nicht

zielführenden Aktivitäten zu bremsen und zu blockieren. Aus diesen Gründen lehnen wir Ihren Antrag ab. – Danke schön.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Bauer. Es gibt keine Zwischenbemerkungen. – Als nächste Rednerin rufe ich Frau Ruth Waldmann für die SPD-Fraktion auf.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag disqualifiziert sich allein schon durch die Forderung, bereits verhängte Sanktionen unverzüglich rückgängig zu machen. Sie machen sich noch nicht einmal die Mühe, zu benennen, welche Sie genau meinen. Es ist wohl davon auszugehen, dass Sie sämtliche Corona-Maßnahmen weghaben wollen, und das in dieser Lage! Kriegen Sie eigentlich nicht mit, was derzeit im Land passiert und wie die Krankenhäuser überlaufen? Heißt das als logische Konsequenz, dass Sie die Corona-Pandemie immer noch nicht als Realität anerkennen? – Dann brauchen Sie auch niemandem in der Pflege für seinen unermüdlichen Einsatz zu danken; denn mit einer solchen Haltung tragen Sie zu deren Problemen erheblich bei.

(Beifall bei der SPD)

Damit kommen wir zum eigentlichen Knackpunkt: Sie wollen die Personaluntergrenzen aussetzen. Erst tragen Sie also dazu bei, dass die Intensivbetten mit Ungeimpften voll sind, die sich vielleicht auch von Ihnen dazu haben anstacheln lassen, sich nicht impfen zu lassen, und dann wollen sie ihnen als erste Maßnahme den letzten Sicherungsanker nehmen, nämlich eine Mindestbelegung auf den Stationen. Wenn diese wegfällt, dann lastet erst recht mehr Arbeit auf weniger Schultern. Die sind aber jetzt schon überlastet, und der Corona-Winter steht uns erst noch bevor. Es werden dadurch eben auch nicht mehr Betten belegbar, Herr Kollege, weil das Personal das Weite sucht. Die Leute haben jetzt 19 Monate Pandemie hinter sich und diesen Corona-Winter noch vor sich. Das Personal läuft davon. Mit einer solchen Haltung verstärkt sich das noch.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Waldmann. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Situation in der stationären Versorgung spitzt sich dramatisch zu. Die Intensivstationen laufen voll, und ich möchte Ihnen einfach einmal vor Augen halten, wie sich die Zahlen entwickelt haben: Die Zahl der Neuinfektionen ist von gestern 10.300 auf heute 13.500 Neuinfektionen in Bayern gestiegen; bundesweit gab es gestern 35.500 Neuinfektionen, heute 50.000 Neuinfektionen. Wenn man rein statistisch vorgeht und 0,8 % derer nimmt, die auf den Intensivstationen ankommen, können Sie sich vorstellen, welch dramatische Tage vor uns liegen. Sieht man sich die Zahlen genauer an und weiß, dass es 45- bis 65-Jährige sind, die momentan schwerpunktmäßig auf den Intensivstationen landen, und dass diese Klientel auch langzeitbeatmet werden muss, weil die Erfolgsaussichten doch deutlich besser sind, dann wird mir angst, und ich hoffe, Ihnen auch.

Wir müssen jetzt pragmatisch handeln. Gott sei Dank ist das auch bei der Staatsregierung angekommen. Sieht man sich die Entscheidungen an, dann stellt man fest, es kommen mit einigen wenigen Ausnahmen sehr gute Maßnahmen auf den Weg. Lassen wir die Fehler der Vergangenheit beim Testen und Boostern und die Fehler bei der teilweise nicht zielführenden Umsetzung der Impfstrategie beiseite. Diese Fehler kann man natürlich kritisieren, wir müssen aber nach vorne schauen. Jetzt, in dieser Situation, ist es unsere Aufgabe, vorwärtszukommen, damit wir diese Situation möglichst schnell wieder in den Griff bekommen und tatsächlich – wortwörtlich – vor die Welle kommen.

Die Situation ist ernst, viele Landkreise und Städte in Bayern verfügen noch über weniger als 10 % an Intensivkapazitäten. Nicht immer kann ein Patient, der auf die Intensivstation muss, verlegt werden. Das bedeutet, dass die Personaluntergrenzen geris-

sen werden. Eine Nichteinhaltung führt dann automatisch zu Strafzahlungen. Frau Dr. Merk hat schon angesprochen, dass sich Herr Holetschek in diesem Zusammenhang dafür einsetzen wird, diese auszusetzen bzw. zu verhindern, dass sie eintreten.

Entscheidend sind doch vielmehr die Freihaltepauschalen. Das sorgt dafür, dass dieser kleine, von der AfD aufgerufene Baustein nicht so sehr von Bedeutung ist. Erfreulich sind die COVID-Pauschalen, die den Krankenhäusern sehr gut und zeitnah helfen sollen. Sie nehmen das Personal mit in den Blick, was ein ganz wichtiger Punkt ist; an dieser Stelle tatsächlich ein Dankeschön an den Gesundheitsminister!

Wir hatten im Bereich der Pflege einen stillen Verlust. Die Intensivstationen sind weitgehend personalarm, wir müssen eigentlich – das ist einer meiner Aufrufe am heutigen Tag – die elektiven Operationen komplett eindampfen, um hier Personal zu generieren und Intensivkapazitäten auszubauen. Nichtsdestoweniger handelt es sich bei der Aussetzung der Personaluntergrenze um eine Entscheidung, die der Bund zu treffen hat. – Liebe AfD, also richten Sie das bitte an den Bund und lassen Sie uns hier in Bayern weiterarbeiten.

Wenn wir die Personaluntergrenzen komplett aus den Augen verlieren würden, würde das natürlich nicht gut beim Personal und bei den Patienten ankommen. Das heißt: Eine Personaluntergrenze macht Sinn. Es wird in diesem Zusammenhang aber vermutlich wichtig, das Pflegepersonal bei der Stange zu halten und diese nächsten Wochen durchzustehen und gemeinsam daran zu arbeiten; darum bitte ich das Pflegepersonal.

Ein weiterer Kritikpunkt: Sie wollen ein Konzept von der Staatsregierung. Es ist nicht zu erwarten, dass die Staatsregierung das jetzt überhaupt umsetzen kann. Das lassen wir einmal dahingestellt. Mein Appell noch einmal an alle da draußen: Bitte lasst euch impfen! Bitte lasst euch boostern, und das zeitnah! Nur so kommen wir aus der Krise. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Dr. Spitzer. Es gibt keine Zwischenbemerkungen. – Nächster Redner ist der Staatsminister Klaus Holetschek.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will hier die Chance einfach noch einmal nutzen, mich zu bedanken. Ich hatte heute mehrere Gespräche mit Pflegekräften aus den Kliniken in Bayern; vor Kurzem sprach auf der Gesundheitsministerinnen- und -ministerkonferenz eine Intensivpflegekraft. In diesen Zeiten müssen wir für dieses hohe Maß an Einsatz, dieses Über-sich-Hinauswachsen noch einmal tiefen Respekt zum Ausdruck bringen; wir können das nicht oft genug anerkennen.

(Beifall)

Wenn Ihnen eine Intensivpflegekraft, die wirklich für ihren Beruf brennt, mit stockender Stimme erzählt, dass sie am Abend im Bewusstsein aus der Arbeit geht, alles gegeben zu haben, es aber vielleicht trotzdem nicht gereicht hat und sie nicht mehr damit zufrieden ist, wie sie ihren Beruf ausüben kann, dann muss uns das ein Auftrag sein, die Rahmenbedingungen zu ändern. Dabei geht es mir nicht um die Frage, wer wann was nicht gemacht hat. Das würden die Pflegekräfte auch nicht verstehen. Es geht um die Frage, was wir jetzt gemeinsam für die Zukunft tun. Da ist Applaudieren zu wenig; da müssen die Rahmenbedingungen jetzt nachhaltig verbessert werden.

Ich werbe deshalb noch einmal dafür, jetzt zum Beispiel sämtliche Zuschläge und einen Teil des Gehalts steuerfrei zu stellen, um zu zeigen, dass wir es ernst meinen, und um Signale zu setzen.

In der Pflege muss es dann natürlich weitergehen. Wir haben die Langzeitpflege, die Krankenpflege und viele andere Bereiche. Ich war gestern beim Bündnis für generalistische Pflegeausbildung in Bayern. – Das sind positive Ansätze. Wir müssen jetzt aber an Programmen für Wiedereinsteiger arbeiten. Wir müssen dieses Thema auf der politischen Agenda jetzt ganz nach oben setzen. Das ist die heutige Botschaft. Das ist die

Botschaft an einem Tag, an dem wir sehen, dass unsere Krankenhäuser voll sind und Betten nicht betrieben werden können, weil zu wenig Pflegekräfte da sind. – Das ist für mich an dieser Stelle wirklich ein zentrales Anliegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir müssen, wenn wir über Pflegepersonaluntergrenzen reden, einfach feststellen, dass es per se richtig und wichtig ist, diese Untergrenzen zu haben. Natürlich wollen wir in einer Pandemie versuchen, gemeinsam von Ausnahmetatbeständen Gebrauch zu machen, die Sanktionen verhindern, also nicht die Personaluntergrenzen aussetzen, sondern den Sanktionsmechanismus, der angesichts einer Pandemie durchaus schwierig ist, aussetzen! – Da gibt es natürlich schon Gespräche zwischen der Bayerischen Krankenhausgesellschaft und der ARGE. Wenn wir mit diesen Gesprächen warten würden, bis uns hier in dem Haus jemand von der rechten Seite dazu auffordert,

(Zuruf von der AfD)

würden wir lange warten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, ich will Ihnen noch einmal sagen, dass es die Ungeimpften sind, die im Moment auf den Klinikstationen liegen.

(Zurufe)

Es sind die Ungeimpften, die den Pflegekräften Probleme bereiten. Die Pflegekräfte fragen sich: Warum muss ich das tun, obwohl der Ungeimpfte hätte verhindern können, dass er heute in diesem Krankenhaus liegt? – Das ist die Wahrheit! Das ist auch die Belastung für diese Menschen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben heute noch einmal ein ganzes Bündel von Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Krankenhäuser in dieser Situation zu unterstützen. Es geht um grundle-

gende Reformen im Gesundheitssystem. Das müssen auch die Lehren aus der Pandemie sein. Es geht um das Thema der DRGs und um viele andere Bereiche.

Jetzt müssen wir aber helfen. Mit dem Katastrophenfall zeigen wir noch einmal: Die Lage ist ernst. – Die pandemische Notlage aufzuheben wäre in einer Notlage, die jeder in diesem Land spürt, das falsche Signal. Wir merken, dass wir jeden Tag Neuinfektionen, die irgendwann auf den Krankenhäusern lasten werden, in einem Maße kriegen, das unglaublich ist.

Wir sind in einer Notlage. Wir müssen jetzt wirklich konsequent handeln. Wir müssen für die Krankenhäuser das tun, was sie jetzt brauchen. Wir haben heute ein Paket mit Freihaltepauschalen beschlossen, die Bayern vorneweg macht; wir machen ein Paket für die Krankenhäuser, bevor der Bund hoffentlich nachzieht.

Wir haben vor Kurzem Zuschläge für die Krankenhäuser, die Patienten mit COVID auf den Normal- und Intensivstationen behandeln, beschlossen. Von diesen Zuschlägen müssen mindestens 50 % fürs Pflegepersonal verwendet werden. Wir können unsere koordinierenden Ärzte jetzt durch den Katastrophenfall besser unterstützen, weil sie bessere Durchgriffsrechte haben.

Trotzdem haben heute alle Ärzte unisono gesagt: Es ist eine dramatische Situation in den Krankenhäusern. Es ist in manchen Regierungsbezirken schwierig, freie Intensivbetten zu finden, nicht nur für COVID-Patienten, sondern insgesamt. Das muss uns doch mit großer Sorge erfüllen.

Noch mal der Appell: Gehen Sie zum Impfen! Lassen Sie sich impfen! Wir müssen jetzt gemeinsam noch einmal an die Menschen appellieren, Eigenverantwortung zu übernehmen, die Maske aufzusetzen, Kontakte zu reduzieren, Abstände einzuhalten. Das müssen wir gemeinsam postulieren. Wir müssen noch einmal alle Kraft anstrengen, damit wir gut durch diesen Winter kommen.

Wir sind am Anfang. Es ist eine Minute vor zwölf. Jetzt gilt es, noch einmal alles zu tun, damit wir gut durch diese Zeit kommen. Es geht um die Menschen in diesem Land. Es geht um den Schutz unseres Gesundheitssystems und nicht um irgendwelche Plattitüden. Das ist die Verantwortung, die wir haben und der wir gerecht werden müssen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Mikrofon. – Die erste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Andreas Winhart. Bitte.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich möchte Ihnen erst einmal gratulieren: Sie waren einer der wenigen Redner, die bei diesem Tagesordnungspunkt überhaupt einmal ansatzweise zum Thema gesprochen haben.

Prof. Bauer hat vorhin gesagt, man wünschte sich von uns mehr Sachlichkeit und mehr konkrete Vorschläge. – Unser Antrag hier ist ein konkreter Vorschlag.

Ich frage Sie als Vorsitzenden der Gesundheitsministerkonferenz: Sehen Sie sich in der Lage, einen Wunsch des Landtags, wenn er diesem Antrag zustimmen würde, umzusetzen, was die Personaluntergrenzen bzw. – um genau zu sein, Sie haben das richtig erfasst – die Sanktionen gegen die Kliniken betrifft? Können Sie, wenn Sie ein Paket schnüren müssen, diesen Wunsch vieler Pflegerinnen und Pfleger bzw. Klinikbetreiber erfüllen? Wir haben diesen Wunsch auch aufgenommen. Das ist auch der Wunsch Ihres CSU-Kollegen, des Präsidenten des Bayerischen Landkreistages.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Winhart.

Andreas Winhart (AfD): Können Sie das mit nach Berlin nehmen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Ich habe versucht, Ihnen das zu erklären, Herr Kollege Winhart. Ich glaube aber, dass Sie das noch nicht verstanden haben. Es geht nicht um das Aussetzen der Personaluntergrenzen per se. Das ist das falsche Signal. Die Branche ist am Limit und brennt jeden Tag aus, weil sie nicht mehr weiß, wie sie das leisten soll. Wir können dieser Branche doch nicht sagen, wir setzen jetzt die Personaluntergrenzen aus. Wir müssen die Sanktionsmechanismen aussetzen. Das ist das Problem. Dazu gibt es Ausnahmetatbestände.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe)

– Herr Kollege, ich habe Ihnen das doch soeben beschrieben. Die Krankenhausgesellschaft ist schon mit der ARGE im Gespräch. Letztlich trägt da auch der Bund eine Verantwortung. Die Kollegin Dr. Merk hat das in ihrer Rede doch wirklich eindrucksvoll dargestellt.

Wir arbeiten natürlich an Gesamtkonzepten zur Unterstützung der Krankenhäuser. Da muss für die Zukunft, was die DRGs angeht, auch Berlin liefern. Wir brauchen eine grundlegende Reform. Wir brauchen eine bessere Finanzierung der Vorhaltekosten. Wir brauchen tatsächlich eine Entökonomisierung des Systems.

(Zuruf)

Das nützt uns an dieser Stelle jetzt aber nichts.

(Zuruf)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Plenk. Bitte schön, Herr Plenk oben auf der Tribüne.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Staatsminister, Sie haben – so ähnlich wie es Herr Söder in den vergangenen Tagen gemacht hat – angedeutet, wir hätten eine Pande-

mie der Ungeimpften. Es stand einmal der Wert im Raum, 90 % der Hospitalisierten seien Ungeimpfte.

Ich habe mir das Zahlenmaterial angeschaut. Seit der Kalenderwoche 36 war das nie der Fall. Die Tendenz geht eigentlich in die andere Richtung; immer mehr Geimpfte werden hospitalisiert. Selbst Herr Prof. Drosten hat in der "ZEIT" darauf gewiesen, dass wir keine Pandemie der Ungeimpften, sondern eine ganz allgemeine Pandemie haben.

Meine konkrete Frage ist: Glauben Sie wirklich, dass die 2G-Regel, die Sie jetzt flächendeckend einführen wollen, geeignet und zielführend ist? Wäre es – nachdem ja auch Geimpfte das Virus übertragen können – nicht besser, generell alle zu testen und damit auch die Verbreitung des Coronavirus durch Geimpfte zu verhindern?

(Beifall)

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Wenn ich noch einmal Revue passieren lasse, was mir die Ärztinnen und Ärzte aus den bayerischen Krankenhäusern heute gesagt haben, stelle ich fest, dass der Großteil der Menschen in den Krankenhäusern immer noch nicht geimpft. Die schweren Verläufe betreffen diejenigen, die nicht geimpft sind.

(Zuruf)

Wenn es Impfdurchbrüche gibt – das ist durchaus möglich –, dann betrifft das Menschen, denen ihr Immunsystem, weil es nicht mehr so stark ist, einen Streich spielt oder die Vorerkrankungen haben. Diese Menschen können natürlich auch in einem Krankenhaus landen.

Per se wird Ihnen aber jeder bestätigen, dass Sie, wenn Sie ungeimpft sind, ein wesentlich höheres Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf tragen und dafür, auf einer Intensivstation zu landen. Das hat der Intensivpfleger, der heute dabei war, eindrücklich bestätigt.

2G ist ein Paket von Maßnahmen, das natürlich hilft. – Warum sollte das nicht helfen?
– Herr Kollege Plenk, Sie wollen es auch nicht verstehen.

(Zuruf)

Der Weg aus der Pandemie ist das Impfen und nicht das Testen. Das ist die Botschaft.
Nehmen Sie das mit!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatsminister.
Sie können zurück an Ihren Platz gehen. – Keine weiteren Zwischenbemerkungen.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen,
und wir kommen zur Abstimmung. Die namentliche Abstimmung wird elektronisch
durchgeführt. Verwenden Sie hierzu bitte Ihr Abstimmgerät. Die Abstimmzeit beträgt
drei Minuten. Bei technischen Problemen auf der Besuchertribüne wenden Sie sich
bitte an den Mitarbeiter des Plenarreferats, Herrn Dr. Engstfeld. Die Abstimmung ist
jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:29 bis 16:32 Uhr)

Die Abstimmungszeit ist zu Ende. Hiermit schließe ich die Abstimmung und werde das
Abstimmungsergebnis später bekannt geben.

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich gebe nun das Ergebnis der na-
mentlichen Abstimmung "Bayerische Kliniken schützen – Sanktionen verhindern, Pfl-
ge unterstützen, finanziellen Druck beseitigen", Drucksache 18/18823, bekannt. Mit Ja
haben 17 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 134 Abgeordnete gestimmt. Enth-
altungen: eine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.11.2021 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion AfD; Bayerische Kliniken schützen - Sanktionen verhindern, Pflege unterstützen, finanziellen Druck beseitigen (Drucksache 18/18823)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Fackler Wolfgang		X	
Adje Benjamin		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aigner Ilse				Fehlner Martina		X	
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias		X	
Arnold Horst		X		Flierl Alexander		X	
Aures Inge				Flisek Christian		X	
				Franke Anne		X	
Bachhuber Martin		X		Freller Karl			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Hans		X	
Bauer Volker		X		Friedl Patrick		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Fuchs Barbara		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried				Füracker Albert			
Bayerbach Markus							
Becher Johannes		X		Gehring Thomas			
Becker Barbara		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric				Gibis Max		X	
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten			
Blume Markus		X		Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin				Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard	X		
Brandl Alfons		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert				Güller Harald		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Guttenberger Petra		X	
von Brunn Florian							
Dr. Büchler Markus				Häusler Johann		X	
Busch Michael				Hagen Martin		X	
				Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Celina Kerstin		X		Halbleib Volkmar		X	
Dr. Cyron Anne				Hanisch Joachim			
				Hartmann Ludwig		X	
Deisenhofer Maximilian		X		Hauber Wolfgang		X	
Demirel Gülseren		X		Haubrich Christina			
Dorow Alex				Hayn Elmar		X	
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard				Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra		X	
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes			
Enders Susann				Högl Petra			
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael			
				Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Köhler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	17	134	1